

ARGUMENTE **GEGEN** **RECHTS-** POPULISMUS



Impressum

Herausgeber: Deutscher Gewerkschaftsbund
Bezirk Nordrhein-Westfalen
Friedrich-Ebert-Str. 34-38
40210 Düsseldorf
nrw.dgb.de

Verantwortlich: Anja Weber

Redaktion: Christoph Alt, Anne Knauf

Mit Unterstützung von: Dr. Mark Haarfeldt, Anna Janosch-Herd, Sabrina Jenschke, Julia Kioltyka

Hinweise

Zitate werden im Original – einschließlich etwaiger Fehler – übernommen. Bei Internetquellen sind Links und Zugriffszeitpunkte angegeben. Die Quellen liegen der Redaktion vor, auch wenn sie zum Teil zwischenzeitlich entfernt wurden.

Die jeweiligen Protagonist*innen sind zumeist mit entsprechenden Parteifunktionen, Fraktionsfunktionen oder Mandaten genannt, um den Kontext der Sprechenden bzw. Schreibenden zu verdeutlichen. Die Auflistung der Funktion (Mandat, Parteiamt o. Ä.) bezieht sich auf den Zeitpunkt, zu dem die Äußerung stattfand.

Düsseldorf, Juli 2020

LIEBE LESER*INNEN,

NRW **DGB**

seit die AfD auf der politischen Bühne aufgetaucht ist, haben sich die deutsche Gesellschaft und der politische Umgang verändert. Beleidigungen, Anfeindungen, auch Morddrohungen aus der extremen Rechten sind an der Tagesordnung. Viele Kommunalpolitiker*innen kennen das aus eigener, leidvoller Erfahrung. Einige haben deshalb ihre Mandate zurückgegeben, um sich und ihre Familien zu schützen. Das ist ein Angriff auf unsere Demokratie – und vor der Kommunalwahl am 13. September 2020 rückt er stärker in den Fokus. Zeit, genau hinzuschauen und die dritte überarbeitete Auflage unserer „Argumente gegen Rechtspopulismus“ zu veröffentlichen.

Ergänzt werden die Argumentationskarten durch unsere Broschüre „Kommunal total banal? AfD und extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen vor den Kommunalwahlen 2020“¹. Darin haben wir die Strategien der AfD in NRW und ihre Verbindungen in die extrem rechte Szene untersucht.

Was sagt die AfD zu den Themen Wohnen und Mobilität? Was zu den Zukunftsthemen wie Strukturwandel und Klimaschutz, die deutliche Veränderungen für Beschäftigte nach sich ziehen werden? Was sagt sie zur Bildungspolitik? Damit setzen wir uns in unseren Argumentationskarten auseinander.

Das Ergebnis? Die AfD hat kein Angebot, den Strukturwandel zu gestalten, keine Alternativen zu den drängenden Fragen unserer Zeit.

Sie versucht konsequent, möglichst jede Frage auf ihr einziges zugkräftiges Thema zurückzuführen: Migration. Ob der Wohnungsmarkt oder das Corona-Virus – entweder unterstellt die AfD eine Verschwörung gegen sich, oder es sind schlicht „die Ausländer“ schuld. Die rechtspopulistische Argumentation folgt einem simplen Schema: Komplexe Sachverhalte werden auf einfache Freund-Feind-Bilder gebracht. Schon 2017 wurde in einem internen Strategiepapier der AfD deutlich: Konkrete Lösungsvorschläge, beispielsweise in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sind gar nicht das Ziel der Partei. Es geht ihr vor allem darum, ihr rassistisches und abwertendes Weltbild zu verbreiten.

Für die Gewerkschaften in NRW ist klar: Das werden wir nicht hinnehmen. Wir werden einem solchen Weltbild durch Aufklärung und Handeln begegnen. Wir Gewerkschaften leben jeden Tag selbstverständlich Demokratie: in der betrieblichen Mitbestimmung und in jedem ausgehandelten Tarifvertrag. Unsere Alternative heißt Respekt und Solidarität. Damit sind wir STARK IM WANDEL.

Solidarische Grüße

Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW

¹abrufbar unter: <https://nrw.dgb.de/-/WDQ>

INHALTSÜBERSICHT

NRW **DGB**

- 01** DIFFAMIERUNG DER GEWERKSCHAFTEN
- 02** GEGEN EIN GERECHTES STEUERSYSTEM
- 03** ENTZUG DES WAHLRECHTS BEI SOZIALER NOTLAGE
- 04** EU-KRITISCH UND GESCHICHTSVERGESSEN
- 05** NATIONALREVOLUTIONÄRE UMSTURZPHANTASIEN
UND POLITISCHE GEWALT
- 06** HASS VERBREITEN, VERANTWORTUNG ABLEHNEN
- 07** HETZE GEGEN POLITIKER*INNEN UND PARTEIEN
- 08** VERSCHWÖRUNGSTHEORIEN
- 09** „LÜGENPRESSE“: ATTACKEN GEGEN DEN
ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDFUNK
- 10** RASSISTISCHES WELTBILD
- 11** KRIMINALISIERUNG DER SEENOTRETTUNG
- 12** RASSISMUS UND INNERE SICHERHEIT
- 13** ANTISEMITISMUS IN DER AFD
- 14** ANGRIFF AUF DIE POLITISCHE BILDUNG
- 15** FRÜHKINDLICHE BILDUNG IN KITA UND SCHULE
UNTER BESCHUSS
- 16** GEGEN AKTIVE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK
- 17** LEUGNUNG DES KLIMAWANDELS
- 18** VOLLE KRAFT ZURÜCK: MOBILITÄT VON GESTERN
- 19** WOHNEN ALS PRIVILEG
- 20** BRAUN STATT REGENBOGEN

01 DIFFAMIERUNG DER GEWERKSCHAFTEN

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Die Gewerkschaften sind so verblendet von ihrer linken Ideologie, dass sie tatenlos zusehen, wie die Regierung die Arbeitsplätze ihrer Mitglieder zerstört. Wo sind die Proteste der Gewerkschaften gegen die völlig sinnbefreite Energiewende und den Kohleausstieg? Gegen die Bedrohung der Arbeitsplätze in der Automobilindustrie und den Kohlerevieren? Gegen die Belastung der kleinen Einkommen durch steigende Stromkosten?“

Beatrix von Storch, MdB und stellvertretende Bundessprecherin (2019), Meine Rede in Chemnitz zum 1. Mai., 03.05.2019,
<https://beatrixvonstorch.de/2019/05/03/meine-rede-in-chemnitz-zum-1-mai/>, Abrufdatum 25.03.2020.

01 DIFFAMIERUNG DER GEWERKSCHAFTEN

NRW DGB

Die Gewerkschaften sind keineswegs tatenlos. Im Gegensatz zur AfD verweigern wir uns nicht den gesellschaftlichen Realitäten: Der Klimawandel ist vom Menschen gemacht und muss aktiv gebremst werden (siehe auch Karte 17). Im Interesse der Beschäftigten wollen wir diese gemeinsame Kraftanstrengung so gestalten, dass wir in NRW auch morgen noch Gute Arbeit für alle und eine lebenswerte Umwelt haben. Wenn wir jetzt nicht das Heft des Handelns in die Hand nehmen, sieht es für das Industrieland NRW düster aus. Die Gewerkschaften sind STARK IM WANDEL¹, gehen mutig voran und kämpfen für ihre Mitglieder: Für einen Strukturwandel, der nicht allein auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird und bei dessen Gestaltung die sozialen Aspekte nicht vergessen werden dürfen. Wir kämpfen für einen innovativen, klimafreundlichen Industrie- und Energiestandort Nordrhein-Westfalen. Deshalb engagieren wir uns für Gute Arbeit für Beschäftigte aller Qualifikationsniveaus, für eine Weiterbildungsoffensive, damit niemand zurückgelassen wird, für eine Energie- und Mobilitätswende im Sinne der Beschäftigten – auch für bezahlbare Strompreise für Verbraucher*innen und Industrie. Dafür braucht es umfangreiche gesamtgesellschaftliche Anstrengungen und kluge, kreative und innovative Politik.

Seit der Gründung des DGB sind wir dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft verpflichtet. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sind pluralistisch und unabhängig, überparteilich – aber nicht unpolitisch. Das Prinzip der Einheitsgewerkschaft war und ist für die deutschen Gewerkschaften eine der wichtigsten Lehren aus der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft: Freie und demokratische Gewerkschafter*innen sind nur stark, wenn sie zusammenstehen. Sie dürfen sich nicht in konfessionelle oder (partei-)politische Richtungsgewerkschaften aufspalten – und sie dürfen nicht gegeneinander kämpfen. Gemeinsam treten wir ein für die Interessen der Arbeitnehmer*innen und gegen die Feinde freier Gewerkschaften. Die Behauptung, wir seien von „linker Ideologie verblindet“, ist eine böswillige Unterstellung.

¹Informationen zur Kampagne finden sich hier:
<https://nrw.dgb.de/stark-im-wandel>

02 GEGEN EIN GERECHTES STEUERSYSTEM

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Die Vermögenssteuer gehört endgültig abgeschafft. Die sterbende SPD versucht mit aller Macht, die Neid-Debatte für abstruse Enteignungsfantasien zu instrumentalisieren. Eine Reaktivierung der Vermögenssteuer könnte schnell bereits diejenigen treffen, die z. B. ein Haus oder eine Eigentumswohnung haben.“

„Erbschafts- und Schenkungssteuer sind ungerecht, weil sie Einkommen versteuern, das längst versteuert wurde. Sie bringen kaum etwas ein, sind aber ein echtes Bürokratiemonster, das mehr kostet als nützt. Ihre Abschaffung könnte Beamte für sinnvolle Aufgaben freistellen, z. B. der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Schwarzarbeit.“

Beide Zitate: AfD-Fraktion NRW (2019), ++ Statt Enteignung, Steuer-Wahn und Neid-Kultur: 8 Dinge, die wir wirklich brauchen! ++, Facebook-Beitrag vom 04.09.2019, <https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/photos/-statt-enteignung-steuer-wahn-und-neid-kultur-8-dinge-die-wir-wirklich-brauchen-/2406692939543088/>, Abrufdatum 25.03.2020.

02 GEGEN EIN GERECHTES STEUERSYSTEM

NRW DGB

Vermögens- und Erbschaftssteuer bedeuten nicht, wie unterstellt wird, dass mittlere Einkommen über Gebühr belastet oder Eigenheimbesitzer*innen enteignet würden. Es geht vielmehr darum, dass sehr reiche Menschen sich angemessen an der gemeinsamen Finanzierung staatlicher Aufgaben beteiligen. Die AfD betreibt hier Klientelpolitik für wenige Reiche durch das gezielte Schüren von Ängsten, zum Beispiel vor dem Verlust des Eigenheims.

Die Erbschafts- und Vermögenssteuern sind essenziell für ein gerechtes Steuersystem, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache. Für Vermögen, das durch Schenkung oder Erbschaft „erwirtschaftet“ wurde, hat eine Person, die in eine reiche Familie geboren wurde, nie selbst gearbeitet – es ist ein leistungsloses Einkommen. Es ist schlicht ungerecht, dass die Vermögenssteuer seit 1997 nicht mehr erhoben wird. Aktuell geht die Schere zwischen Arm und Reich auch deshalb so stark auseinander, weil Einkommen aus Erwerbsarbeit so viel höher besteuert werden, als Einkommen aus Vermögen. Durch die Einführung einer Vermögens- und Erbschaftssteuer für sehr große Vermögen könnte ein größerer finanzieller Spielraum für notwendige gesellschaftliche Aufgaben geschaffen werden.

Corona hat verdeutlicht: Es braucht einen handlungsfähigen Staat, um nicht nur in Krisen wichtige gesellschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Gerade in den Kommunen sieht man deutlich, wie groß der Investitionsstau ist: Schulgebäude verfallen, Schwimmbäder und Bibliotheken schließen. Damit ist die im Grundgesetz verbriefte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse massiv gefährdet. In seinem Steuerkonzept hat der DGB¹ schon 2017 errechnet, dass durch die Vermögenssteuer für die Bundesländer Mehreinnahmen von 25 Milliarden Euro jährlich zu erwarten wären. Geld, das gut in Bildung, öffentliche Infrastruktur und die Gestaltung des Strukturwandels investiert werden könnte. Und das dafür auch dringend gebraucht wird.

¹DGB Bundesvorstand (2017), Gerecht besteuern, in die Zukunft investieren. Steuerpolitische Eckpunkte des DGB zur Bundestagswahl 2017, <https://www.dgb.de/dgb-steuerkonzept-bundestagswahl-2017-steuerrechner-steuerpolitische-eckpunkte/++co++c2e3ee08-510f-11e7-b66c-525400e5a74a>

03 ENTZUG DES WAHLRECHTS BEI SOZIALER NOTLAGE

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Ich glaube, dass jeder am Anfang der Legislaturperiode eine Wahl treffen sollte. Nämlich entweder zu wählen, also das Wahlrecht auszuüben, das er hat, oder Staatstransfers zu bekommen. Also wer Subventionen kriegt, der darf nicht wählen und wer andere Arten von Transfers kriegt, darf auch nicht wählen in dem System. Nur der, der einzahlt ins System, darf wählen.“

Markus Krall, Volkswirt (2020), Wer rettet Europa? - Der Weg aus der Krise - Vortrag von Dr. Markus Krall in Olbernhau / Erzgebirge, AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Youtube-Beitrag vom 31.01.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=Y3bv5f19M5A>, Zitat ab Minute 20:18, Abrufdatum 25.03.2020.

„Was für mich durchaus noch anspruchsvoll ist, wo ich denke, wo wir als Partei auch noch dran arbeiten müssen, das Wahlrecht nur für die Leistungsträger und nicht für die Transferempfänger. Das wird nicht einfach. Gerade bei uns hier im Osten. Also es ist leicht gesagt, aber das ist schon ein ganz schön dickes Brett. Aber ich bin da gerne bereit auch weiter zu denken.“

Jörg Urban, MdL, Fraktionsvorsitzender und Parteisprecher der AfD Sachsen (2020), Wer rettet Europa? - Der Weg aus der Krise - Diskussion mit Dr. Markus Krall und Jörg Urban, AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, Youtube-Beitrag vom 31.01.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=vA2Ppjh2cg>, Zitat ab Minute 0:32, Abrufdatum 25.03.2020.

03 ENTZUG DES WAHLRECHTS BEI SOZIALER NOTLAGE

NRW DGB

Die AfD diskutiert hier nichts anderes als einen **Generalangriff auf unsere Demokratie**. Mit diesen Ideen stellt sich die AfD weit außerhalb des Konsenses des Grundgesetzes. Freie, gleiche und geheime Wahlen sind für moderne Demokratien elementar. Stimmen entlang des ökonomischen Nutzens bzw. der Steuerleistung von Wähler*innen zu gewichten, ist ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten.

Die AfD will zurück zu einem ungleichen Wahlrecht, das politische Teilhabe von der Einkommens- und Vermögenslage abhängig macht. Damit würde eine **Zwei-Klassen-Gesellschaft zementiert**. Gerade die Corona-Krise macht deutlich, wie stark globale Krisen Arbeitnehmer*innen oder Soloselbstständige treffen können. Letztlich kann niemand, der für seinen Lebensunterhalt arbeiten muss, eine soziale Notlage für den Zeitraum von vier Jahren sicher ausschließen. Globale Krisen, Unfälle und andere Katastrophen lassen sich nicht vorhersehen.

Auf staatliche Hilfe angewiesen zu sein, ist kein Makel und hat nichts mit Faulheit zu tun, sondern mit der Krisenanfälligkeit unseres Wirtschaftssystems.

Offen bleibt, was der Begriff „staatliche Transfers“ umfassen soll: Würden schon alle, die Kinder- oder Pflegegeld erhalten, ihr Wahlrecht verlieren? Hinter diesen Ideen steht der **Plan, Reiche noch einflussreicher zu machen und die Gesellschaft zu spalten in diejenigen, die Stimmrecht haben, und solche, denen es verwehrt wird. Diese Position ist keinesfalls mit den Interessen von Beschäftigten in Übereinstimmung zu bringen**. Es ist simple Klientelpolitik, die eine neue feudale Ordnung installieren würde. Unser humanistisches Weltbild betont die Gleichwertigkeit aller Menschen und ihrer Stimme bei Wahlen. Unabhängig von Einkommen oder Vermögen sollen alle Bürger*innen die gleichen politischen Mitspracherechte haben.

04 EU-KRITISCH UND GESCHICHTSVERGESSEN

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Ihre nicht ganz trockenen Träume vom EU-Großreich unterscheiden Sie nur unwesentlich von den schlimmsten Imperialisten der Menschheitsgeschichte.“

Sven W. Tritschler, MdL und stellvertretender Vorsitzender AfD-Fraktion NRW (2019), Rede im NRW-Landtag am 27.11.2019, Plenarprotokoll17/73, S. 63.

„Was den EU-Ausstieg überhaupt erst möglich macht, daran arbeiten auch wir: die Stärkung direkter Demokratie. Angstpolitik und Schwarzmalerei des Globalisten-Establishments haben das britische Volk erneut nicht beeindruckt.“

AfD-Fraktion NRW (2019), ++ Super-Ergebnis der UK-Wahl: Briten sagen weiter „Yes“ zum Brexit! ++, Facebook-Beitrag vom 13.12.2019, <https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/photos/a.1920199591525761/2494423890769992/?type=3&theater>, Abrufdatum 25.03.2020.

4 EU-KRITISCH UND GESCHICHTSVERGESSEN

NRW DGB

Die AfD ignoriert völlig, dass die Europäische Union vor allem ein großes Friedensprojekt der modernen Menschheitsgeschichte ist. Die EU basiert auf den blutigen Lehren zweier Weltkriege und der demokratischen Übereinkunft demokratischer Staaten, sich in der Europäischen Union zusammenzufinden. Sie sahen die friedenssichernden, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Vorteile einer starken Kooperation. Gerade eine Exportnation wie Deutschland, die zum großen Teil in andere europäische Länder exportiert, profitiert enorm von der politischen und wirtschaftlichen Verflechtung auf europäischer Ebene. Natürlich ist die EU nicht frei von Fehlern: Es bräuchte verlässlichere gemeinsame Absprachen, was sich insbesondere in den unkoordinierten Grenzschießungen in der Corona-Krise gezeigt hat. Genauso nötig wäre eine Stärkung des Europäischen Parlaments. Dafür braucht es mehr und vor allem ein sozialeres Europa. Dafür sind in den letzten Jahren wichtige Fortschritte erzielt worden.

Die 2017 beschlossene „europäische Säule der sozialen Rechte“ fasst 20 Grundsätze zusammen: Vom Recht auf faire Löhne und Gehälter bis zum Recht auf Gesundheitsversorgung und zum Mindestlohn. Und im Zuge der Maßnahmen zur Corona-Krise wurde mit dem

Instrument „SURE“ Mitgliedsstaaten, die noch kein Kurzarbeitergeld zahlen, die Möglichkeit eröffnet, das durch ein gemeinsames Budget zu tun. Das ist gelebte Solidarität.

Die Forderung nach mehr direkter Demokratie soll nur scheinbar demokratische Prinzipien stärken. Die AfD und andere rechte Kräfte trommeln besonders deshalb für direkte Demokratie, weil durch zugespitzte Kampagnen und Angstpolitik komplexe Fragen so auf vermeintlich einfache Ja-Nein-Antworten reduziert werden können. Wie anfällig solche Abstimmungen für Stimmungsmache und Falschinformationen sind, hat das Beispiel Brexit deutlich gezeigt. Zudem geht es der AfD darum, auf diese Weise den Minderheitenschutz ganz gezielt auszuhebeln und einen vermeintlich einheitlichen Volkswillen zu konstruieren.

Zum Begriff „Globalisten Establishment“ bleibt zu sagen: Die AfD schürt und verbreitet extrem rechte, antisemitische Verschwörungstheorien (siehe auch Karten 8 und 13).

NATIONALREVOLUTIONÄRE UMSTURZPHANTASIEN UND POLITISCHE GEWALT

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Ein paar Korrekturen und Reförmchen werden nicht ausreichen. Aber die deutsche Unbedingtheit wird der Garant dafür sein, dass wir die Sache gründlich und grundsätzlich anpacken werden. Wenn einmal die Wendezeit gekommen ist, dann machen wir Deutschen keine halben Sachen. Dann werden die Schutthalden der Moderne beseitigt.“

„Ja, neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein großangelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der »wohltemperierten Grausamkeit«, wie es Peter Sloterdijk nannte, herumkommen. Das heißt, daß sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.“

„Auch wenn wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen. Aber abgesehen von diesem möglichen Aderlaß haben wir Deutschen in der Geschichte nach dramatischen Niedergängen eine außergewöhnliche Renovationskraft gezeigt.“

Alle Zitate: Björn Höcke, MdL, Fraktionsvorsitzender und Parteisprecher der AfD Thüringen (2018), Nie zweimal in denselben Fluss.
Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig, Lüdinghausen und Berlin, Manuscriptum-Verlag, S. 254 und 257f.

NATIONALREVOLUTIONÄRE UMSTURZPHANTASIEN UND POLITISCHE GEWALT

NRW DGB

Nur leicht kaschiert träumt Björn Höcke vom **politischen Umsturz**. Höcke ist Fraktionsvorsitzender der AfD in Thüringen und Galionsfigur des angeblich aufgelösten völkischen AfD-Netzwerks „Der Flügel“. Dieses Netzwerk wird vom Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft. Höcke bedient hier eine gewaltvolle Sprache, die sich auch in anderen Äußerungen von AfD-Politiker*innen wiederfindet. Offen baut Höcke hier eine Brücke zu Gewalt gegen Migrant*innen und auch gegen politische Gegner*innen – die „Volksteile“, die man verlieren könnte. Der „Aderlaß“, von dem Höcke hier spricht, meint nichts anderes als einen **nur leicht verklau-sulierten Aufruf zur politischen Gewalt**, sollte die AfD stark genug werden. Der Begriff „Remigrationsprojekt“ ist nichts anderes als eine Umschreibung für **„Ausländer raus“**. In diesem Zug ist für Höcke auch **Grausamkeit und Gewalt zur Durchsetzung der politischen Ziele** offensichtlich ein **akzeptables Mittel**. Damit stellt sich die AfD völlig gegen den Grundkonsens des Grundgesetzes.

Hinter diesem Denken steckt noch mehr: Die Deutschen werden als Volks- und Schicksalsgemeinschaft angesprochen, die durch „Afrikanisierung“ etc. bedroht sei. Das **Bild eines bedrohten Volkes soll dann die Gewalt rechtfertigen**. Ähnlicher Muster bedient sich die extreme Rechte in Deutschland immer wieder. Die AfD wähnt sich in einem völkischen Befreiungskampf gegen die Moderne – damit zeigt sie ihre rückwärtsgewandten nationalrevolutionären Ideen.

06 HASS VERBREITEN, VERANTWORTUNG ABLEHNEN

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“

Alice Weidel, MdB und Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (2018), Rede im Deutschen Bundestag am 16.05.2018, Plenarprotokoll 19/32, S. 2972.

„Halle: Eine Tat des Wahnsinns, keine politische Tat! Was heute in Halle passiert ist, war der Amoklauf eines Geisteskranken, keine politische Tat. Hinter Stephan Balliet steht keine politische Organisation. Er repräsentiert niemanden, handelt in niemandes Auftrag und mit niemandes Billigung. Seine Verbrechen sind einzig und allein ihm selbst zurechenbar. Nur in der Welt seiner Wahnideen tragen seine Handlungen überhaupt eine politische Bedeutung.“

„Die Erklärung der jüdischen Gemeinde Düsseldorf, wonach die AfD eine Mitschuld an dem Amoklauf von Halle habe, ist unverantwortlich.“

Beide Zitate: Hans-Thomas Tillschneider, MdL und kulturpolitischer Sprecher der AfD-Landtagsfraktion Sachsen Anhalt (2019),

Halle: Eine Tat des Wahnsinns, keine politische Tat! Facebook-Beitrag vom 09.10.2019,

<https://ms-my.facebook.com/unddieVerantwortungwaerdein/posts/halle-eine-tat-des-wahnsinns-keine-politische-tatwas-heute-in-halle-passiert-ist/2251102448350395/>,
Abrufdatum 29.03.2020.

06 HASS VERBREITEN, VERANTWORTUNG ABLEHNEN

NRW DGB

Die AfD wettet über eine angebliche „Messermigration“ und nutzt jede Möglichkeit, einen Zusammenhang von Migration bzw. Islam und Gewalt herzustellen. Demgegenüber spielt die AfD den extrem rechten Terrorismus herunter. Kommt es zu Anschlägen, wie dem antisemitischen und rassistischen Anschlag eines Rechtsextremen in Halle, wird der Hintergrund der Tat gerne ausgeblendet und die Täter*innen zu psychisch kranken „Einzelfällen“ erklärt; dabei war Halle der schlimmste antisemitische Angriff der letzten Jahrzehnte. Das zeigt deutlich, dass sich die AfD die Wahrheit zurechtbiegt. Die AfD kritisiert in diesen Beispielen, dass sie zur Verantwortung für die Folgen ihres Handelns gezogen wird. Die jüdische Gemeinde Düsseldorf dafür zu rügen, diese Verantwortung für einen antisemitischen Anschlag aufzuzeigen, ist gerade vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte monströs.

Eigene Verantwortung an der Zunahme extrem rechter Gewalt vermag die AfD nicht zu erkennen und sieht darin reine Verleumdung. Dabei erzeugt die AfD in ihren rassistischen, antisemitischen und hetzerischen Äußerungen eine menschenverachtende Grundhaltung, die Täter*innen wie die von Halle und Hanau zu ihren Anschlägen ermutigen und in ihren Einstellungen bestärken können. Durch Äußerungen wie die von Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der AfD im Bundestag, werden menschenverachtende Einstellungen prominent verbreitet, gelangen so verstärkt in die gesellschaftliche Debatte und zeigen die Wirkung, die wir von Hanau bis Halle beobachten mussten.

07 HETZE GEGEN POLITIKER*INNEN UND PARTEIEN

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Die etablierten Parteien und ihre medialen Kampfgenossen zeigen sich ganz unverhohlen im Umgang mit der AfD als das, was sie inhaltlich in wesentlichen Fragen schon lange sind: Die ‚Vereinigte Einheitspartei Deutschlands‘.“

Martin Renner, MdB (2020), 06. Februar 2013. Sieben Jahre Alternative für Deutschland. Grundlegende Gedanken zum Wiegenfest der Alternative für Deutschland. AfD Landesverband NRW, 06.02.2020, <https://afd.nrw/aktuelles/2020/01/grundlegende-gedanken-zum-wiegenfest-der-alternative-fuer-deutschland/>, Abrufdatum 25.03.2020.

„Sawsan Chebli, die mit dem SPD-Parteibuch in der Hand stets als hübsch drapierte Sprechpuppe eine strenge Quote für öffentlich kommunizierten Nonsens zu erfüllen hat, kann den Rest der Woche die Füße hoch legen. Gestern entblödete sie sich einmal mehr erfolgreich bei ihrem Lieblingsthema ‚Migranten‘“

AfD (2018), ++ Chebli twittert aus einem Paralleluniversum! ++, Facebook-Beitrag vom 19.03.2018, <https://www.facebook.com/alternativefuerde/photos/-chebli-twittert-aus-einem-paralleluniversum-sawsan-chebli-die-mit-dem-spd-parte/1819084834788514/>, Abrufdatum 25.03.2020.

HEITZE GEGEN POLITIKER*INNEN UND PARTEIEN

NRW DGB

Vom Willen zu einer sachlichen politischen Auseinandersetzung oder gar einer konstruktiven Debattenkultur ist bei der AfD nicht viel zu sehen. Stattdessen überzieht sie politische Konkurrent*innen mit Diffamierungen und Beleidigungen. Hass und Hetze gegen Politiker*innen und Parteien sind bei der AfD an der Tagesordnung. Sie nutzt gezielt Äußerungen am Rand der Beleidigung und der Volksverhetzung, um das gesamte politische System der Bundesrepublik Deutschland herabzusetzen. Die Strategie, Zweifel an den politischen Grundfesten bis hin zur Ablehnung des demokratischen Systems zu schüren, ist allen extrem rechten Gruppierungen gemein.

Die AfD verneint die Vielfalt der demokratischen Parteien. Sie unterstellt ihnen, so wie die Blockparteien der ehemaligen DDR gleichgeschaltet zu sein, und die AfD gezielt auszugrenzen. Alleine mit Blick auf die unterschiedlichen Ansätze in der Sozial- und Wirtschaftspolitik von FDP und SPD wird deutlich:

Der Vorwurf der Gleichschaltung entbehrt jeder Grundlage. Darüber hinaus gehört der Widerspruch untrennbar zur Demokratie und ist eben kein Beispiel für undemokratisches Verhalten, sondern beispielhaft für ihre Verteidigung durch engagierte Demokrat*innen.

Vor diesem Hintergrund von Ausgrenzung zu sprechen offenbart eine Missachtung demokratischer Spielregeln.

Das Kalkül der AfD ist dabei klar: Indem sie ein angebliches Parteienkartell herbeiredet, will sie sich als einzige wirkliche Alternative und Außenseiterin darstellen. Angeblich sei sie das Gegengewicht zu den übrigen Parteien und den etablierten Medien, von denen sie mit unlauteren Mitteln unterdrückt werde. Umgekehrt ist es allerdings richtig: Denn gerade die AfD ist es, die für politische Konkurrent*innen nur Verachtung übrighat. Die Abwertung der Parteien und ihrer Vertreter*innen wird ergänzt durch puren Sexismus: Sawsan Chebli als „hübsch drapierte Sprechpuppe“ zu bezeichnen, wertet sie ab und macht sie zum Objekt ohne Verstand. Hier zeigt sich deutlich das Frauenbild, das in der AfD verbreitet ist, denn einen Mann würde die AfD niemals so bezeichnen.

09 VERSCHWÖRUNGS- THEORIEN

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Gerade jetzt, wo die Weltwirtschaft zusammenbricht, auf einmal taucht das Coronavirus auf aus dem Nichts. [...] Und wenn dann die angebliche Schuld für den Zusammenbruch der Weltwirtschaft bei Corona abgeladen ist, dann hoffen die wirklichen Schuldigen – die Zentralbanken, die globale Finanzoligarchie und die Marionetten in den Regierungen – weiter davonzukommen.“

„Was haben wir momentan [während der Corona-Kontaktbeschränkungen, Anm. d. Red.], wenn wir keine Demonstrationen mehr durchführen können, wenn wir uns nicht mehr artikulieren können in der Öffentlichkeit? Dann werden wir Völker Europas wehrlos gemacht. Wir können dann keinen demokratischen Widerstand mehr leisten gegen die finale Invasion Europas, die ja momentan durch angebliche Flüchtlinge stattfindet.“

Beide Zitate: Hansjörg Müller, MdB und außenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion (2020), Hansjörg Müller MdB, zu Corona, Wirtschaftskrise und Verfassungsschutzbeobachtung von Teilen der AfD, Facebook-Beitrag vom 13.03.2020, <https://www.facebook.com/MuellerHansJoerg/videos/517240902317154/>, Zitate ab Minute 3:00 und ab Minute 7:40, Abrufdatum 29.03.2020.

„Im Rahmen der Schulpolitik, gibt es sicherlich noch weitere Dinge zu erörtern, gerade auch den baulichen Zustand in unseren Schulen. [...] Was aber viel wichtiger ist, [...] ist die Zusammensetzung der Schülerschaft. Denn den weltfremden Funktionären der Altparteien scheint die Veränderung der ethnischen Zusammensetzung in unserem Land offenbar nicht schnell genug zu gehen.“

Verena Wester, damals Sprecherin AfD Solingen und kooptiertes Mitglied im Landesvorstand NRW (2019), +++ Beim Rechtsstaat gibt es für uns keine Kompromisse +++, AfD NRW, Facebook-Beitrag vom 12.09.2019, <https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/videos/1421874364669907/>, Zitat ab Minute 3:58, Abrufdatum 25.03.2020.

09 VERSCHWÖRUNGS- THEORIEN

NRW DGB

Vertreter*innen der AfD verbreiten die Verschwörungstheorie des „Großen Austauschs“, die auch von vielen extrem rechten Akteur*innen propagiert wird. Prominent wird dieser Verschwörungsmythos in Deutschland unter anderem durch die vom Verfassungsschutz beobachtete und als rechtsextrem eingestufte Identitäre Bewegung verbreitet. Der Kern dieser Verschwörungserzählung ist, dass eine angebliche „Elite“ Migration vorantreiben würde, um Weiße in Deutschland zur Minderheit zu machen und das Volk „auszutauschen“. Der „Austausch“ vollziehe sich zum einen durch Migration, zum anderen aber auch dadurch, dass Menschen, die nicht weiß sind, in Deutschland leben und Kinder bekommen. Die Folgerung dieser Erzählung ist es, sich gegen Migration und nicht-weiße Deutsche oder Muslim*innen wehren zu müssen – zur Not auch mit Gewalt.

In Zeiten von Corona erhält diese Verschwörungstheorie neue Nahrung. Denn komplexe Zusammenhänge und noch unbeantwortete wissenschaftliche Fragestellungen verursachen Ängste, die die AfD durch das Aufbauen eines einfachen Feindbildes für sich ausnutzen will. Nicht Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus werden nach vorne gestellt, sondern es wird nahegelegt, dass eine „Elite“ das

Corona-Virus deshalb in die Welt gesetzt hätte, um den Protest der AfD zu brechen und eine angebliche „Invasion“ von außen zu ermöglichen. Allein schon angesichts einer weltweiten Verbreitung des Corona-Virus ist diese Erzählung völlig absurd. Sie zeigt aber nicht nur die eigene Überhöhung der AfD, sondern auch ihre Fixierung auf Migration als einziges zugkräftiges und einigendes Thema.

Wie tief verankert Verschwörungstheorien in der AfD sind, illustriert das Zitat über die „Marionetten in den Regierungen“ und die „globale Finanzoligarchie“. Hier wird schlicht das antisemitische Zerrbild des „einflussreichen und hinter den Kulissen agierenden Juden“ skizziert, wie es in der extremen Rechten schon immer zu finden ist.

Viele Verschwörungstheorien haben einen antisemitischen Kern. Der Antisemitismus der AfD wird auf Karte 13 beleuchtet.

00

„LÜGENPRESSE“: ATTACKEN GEGEN DEN ÖFFENTLICH- RECHTLICHEN RUNDFUNK

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

*„Wie der WDR sein sollte: objektiv, neutral, sparsam, ausgewogen.
Wie der WDR tatsächlich ist: tendenziös, parteiisch, verschwenderisch, einseitig.“*

AfD-Landtagsfraktion NRW (2020), Youtube-Beitrag vom 17.02.2020, <https://www.youtube.com/watch?v=zE8evPyQjKM>,
Zitat im Beschreibungstext des Videos, Abrufdatum 25.03.2020.

„Es ist höchste Zeit, den Rotfunk auszumisten und ihm eine Schrumpfkur zu verpassen.“

Sven W. Tritschler, MdL und stellvertretender Vorsitzender AfD-Fraktion NRW (2020), ++ Mehr als Merkel: So viel verdient man beim WDR ++,
AfD-Fraktion NRW, Facebook-Beitrag vom 07.01.2020, https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/photos/a.1920199591525761/2518920258320355/?type=3&hc_ref=ARRu-owffl7Wc49oAWXyPhPko8BLwc9eP64WeYmQzTaf9yWovd7tV8lnO39VclN6H0s&ref=nf_target, Abrufdatum 25.03.2020.

00 „LÜGENPRESSE“: ATTACKEN GEGEN DEN ÖFFENTLICH- RECHTLICHEN RUNDFUNK

NRW DGB

Ausmisten, Schrumpfen, Rotfunk: Wer so spricht, offenbart eine tiefe Verachtung für einen unschätzbar wichtigen Pfeiler unserer demokratischen Gesellschaft, nämlich den gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Unabhängige Medien sind ein wichtiger Garant für eine funktionierende Demokratie. Gerade in Zeiten der sozialen Medien sind verlässliche Quellen und eine gut recherchierte Berichterstattung wichtig, um sich ein fundiertes Bild der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage zu machen. Dafür braucht es ein vielfältiges Programm, das eine große Bandbreite an Interessen und Lebenslagen abdeckt. Gerade die Gebührenfinanzierung des öffentlichen Rundfunks führt zu Unabhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen und zu hoher Qualität im Vergleich zu anderen Medienlandschaften. Und gerade dieser Journalismus hat sich in Zeiten von Corona mehr als bewährt: In Zeiten großer Verunsicherung sind viele dankbar für gute, transparente und ausgewogene Berichterstattung. Dafür gebührt den Öffentlich-Rechtlichen Lob statt verbaler Prügel.

Dieser starke, kritische Journalismus ist der AfD und ihren Fake News ein Dorn im Auge. Denn sie betreibt selbst genau das, was sie anderen vorwirft: Sie schafft durch Youtube-Kanäle und die Zusammenarbeit mit neurechten und anderen extrem rechten Publikationen ein mediales Paralleluniversum, in dem vor allem Desinformation und Propaganda betrieben werden. Ziel ist die Verunsicherung der Menschen, die den etablierten Medien, der Wissenschaft und den Parteien nicht mehr glauben sollen. Es soll eine Scheinrealität erzeugt werden, in der die Bedrohung durch Migrant*innen allgegenwärtig ist. Das macht einen demokratischen Diskurs unmöglich: Konsument*innen dieser Medien sind immer schwerer zu erreichen, Haltungen verfestigen sich. Eine Demokratie ist ohne eine demokratische Öffentlichkeit nicht denkbar. Gerade die Gewerkschaften treten besonders für den gesellschaftlichen Dialog, für Mitbestimmung und Teilhabe ein.

„Wir leben nämlich heute in einem Land in dem Afrikaner in einer Straßenbahn von den Schaffnern oft nicht mehr kontrolliert werden, weil die um Leib und Leben fürchten müssen.“

Verena Wester, damals Sprecherin AfD Solingen, kooptiertes Mitglied im Landesvorstand NRW (2019), +++ Beim Rechtsstaat gibt es für uns keine Kompromisse +++.
Alternative für Deutschland NRW - AfD NRW Facebook-Beitrag vom 12.09.2019, <https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/videos/1421874364669907/>,
Zitat ab Minute 8:50, Abrufdatum 25.03.2020.

„Wenn es nicht gelingt, den Islam zurückzudrängen, werden er und seine Vertreter den öffentlichen Diskurs übernehmen. In NRW sind inzwischen ganze Stadtteile islamisiert. Es entstehen rechtsfreie Zonen, in denen nicht das Grundgesetz herrscht, sondern der Koran.“

Thomas Röckemann, MdL, damals Landessprecher der der AfD NRW (2019), +++ Die deutschen Amtskirchen sind nur nach zahme Diener des antichristlichen Zeitgeistes
+++ , AfD NRW, Facebook-Beitrag vom 08.08.2019, <https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/posts/2918726374865991>, Abrufdatum 25.03.2020.

„Die Integration der Türken in Deutschland ist eine Illusion. [...] Die Nationalität lässt sich eben nicht ablegen wie eine alte Jacke.“

Rüdiger Lucassen, MdB und Landessprecher der AfD NRW (2019), Rede im Deutschen Bundestag am 16.10.2019, Plenarprotokoll 19/117, S. 14345.

10 RASSISTISCHES WELTBILD

Rassismus, Anfeindungen gegenüber Muslim*innen, nicht-weißen Menschen und Ablehnung von Migrant*innen – das ist ein Markenkern der AfD. Schwarze werden als kriminell und gefährlich, Muslim*innen als bedrohlich dargestellt. Die AfD schürt Ängste vor einer islamischen „Machtübernahme“, gegen die sich christliche, weiße Deutsche wehren müssten. Sie offenbart ein Menschenbild, das keine Differenzierung oder Veränderung zulässt: In ihrem **völkischen Weltbild** sind Menschen für immer Teil eines bestimmten Volkes und diese Zugehörigkeit mache sie maßgeblich aus. Der kulturelle Code dieses so gedachten, abgeschotteten und räumlich an einen Ort gebundenen „Volkes“ ist dann wie DNA in den Körper eingeschrieben. Daher sei Integration unmöglich.

Die Annahme eines einheitlichen Volkes oder Volkskörpers ist unsinnig. Sie ignoriert die Unterschiede und konstruiert einen Gegensatz zwischen dem Volk und den anderen, den es so nicht gibt: Hobbys, Neigungen und Interessen sind individuell unterschiedlich – und sie verändern sich im Laufe des Lebens immer wieder. Schließlich sind nicht alle Deutschen gute Ingenieur*innen und lieben Schweinshaxe oder spielen Fußball. Talente, Interessen und vieles mehr entwickeln sich ständig im Austausch – auch immer über Staatsgrenzen hinweg.

Der rassistische Standpunkt wertet nicht nur Menschen ab, er ignoriert auch, dass die Menschheitsgeschichte vor allem durch Migration geprägt ist. **Und dieses Menschenbild steht dem Gleichheitsgebot aller Menschen entgegen**, wie es in der Menschenrechtsdeklaration angelegt und für unsere Gesellschaft maßgeblich ist. Die AfD versucht, durch ständige Wiederholung ihrer rassistischen Aussagen den gesellschaftlichen Konsens über diesen Gleichheitsgrundsatz zu verschieben: Wir sollen uns an Rassismus und die Konstruktion eines angeblichen Volkswillens gewöhnen.

Besonders die Gewerkschaften wissen: Menschen sind vor allem durch ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen und Solidarität verbunden, Beschäftigte wollen Gute Arbeit, anständiges Entgelt und Mitbestimmung. Und sie treten füreinander ein – weil sie Kolleg*innen sind.

1 KRIMINALISIERUNG DER SEENOTRETTUNG

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Erst durch die Machenschaften der NGO's¹, denen es eben nicht nur um die akute Seenotrettung geht, entsteht eine Sogwirkung, die immer mehr Menschen auf das Mittelmeer treibt.“

AfD NRW (2019), +++ 115 Vermisste bei Bootsunglück vor libyscher Küste +++, Facebook-Beitrag vom 26.07.2019, <https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/photos/-115-vermisste-bei-bootsunglu%C3%BCck-vor-libyscher-k%C3%BCste-am-25072019-gab-ein-sprecher/2887151248023504/>, Abrufdatum 25.03.2020.

„Immer mehr Afrikaner machen sich auf den Weg, denn sicherer war die Überfahrt nie. Dass sich auf der anderen Seite dubiose Organisationen wie Helden feiern lassen und mit Betroffenheitsmiene von der Hilfe für Ertrinkende faseln, ist an Bigotterie nicht zu überbieten. [...] Die NGOs sind Handlanger der Schlepper und damit nichts anderes als Kriminelle, die auch so bestraft werden müssen!“

Alice Weidel, MdB und Vorsitzende der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag (2019), Facebook-Beitrag vom 18.07.2019, <https://m.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/2631281070216445/?type=3>, Abrufdatum 25.03.2020.

¹ „NGO“ bedeutet Non-Governmental Organisation also Nichtregierungsorganisation. Das sind private Organisationen, die gesellschaftliche Interessen vertreten und keine wirtschaftlichen Interessen verfolgen.

1 KRIMINALISIERUNG DER SEENOTRETTUNG

Im Mittelmeer ertrinken jedes Jahr Tausende Menschen: Männer, Frauen und Kinder. Das Mittelmeer wird zu einem Massengrab auf dem Weg nach Europa; es ist die gefährlichste Fluchtroute der Welt. 2019 starben hier 1.327 Menschen, 125.427 gelang die Überfahrt¹. Die Menschen fliehen vor Krieg, Hunger, Menschenrechtsverletzungen oder den Folgen des Klimawandels. Diese verzweifelten Menschen ertrinken zu lassen, kann und darf keine Alternative sein, denn die Würde des Menschen ist unantastbar. Nichtregierungsorganisationen und andere Stellen dafür anzugreifen, Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren und schlicht dem Gebot der Menschlichkeit zu folgen, ist menschenverachtend. Für die Behauptung, Seenotrettung würde dazu führen, dass sich mehr Menschen auf die Flucht begeben, gibt es keinen Beleg². Auch wenn Menschen gerettet werden, sind viele von ihnen ihr Leben lang traumatisiert. Die Vorstellung, dass sich Menschen wegen der Seenotrettung bequem auf den sicheren Weg nach Europa machen, weil sie eventuell aus tödlicher Gefahr gerettet werden könnten, und nicht aufgrund einer Notsituation fliehen, entbehrt jeder Grundlage. Mit dem Sterben an Europas Grenzen muss Schluss sein! Es braucht legale, sichere Fluchtwege

nach Europa. Solange das nicht gegeben ist, ist private Seenotrettung daher leider weiterhin wichtig.

Fakt ist: Laut internationalem Seerecht sind alle Schiffe verpflichtet, Schiffbrüchige zu bergen und an den nächsten sicheren Ort zu bringen, was in der Regel europäische Häfen sind³. Das hat nichts mit Schlepperei, sondern mit Anstand, Menschlichkeit und Rechtschaffenheit zu tun.

¹vgl. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/mittelmeer/>, abgerufen am 16.06.2020.

²vgl. bspw. www.sueddeutsche.de/politik/seenotrettung-mittelmeer-forschung-1.4516097.

³vgl. SOLAS - Internationales Übereinkommen zum Schutz des menschlichen Lebens auf See, [http://www.imo.org/en/About/Conventions/ListOfConventions/Pages/International-Convention-for-the-Safety-of-Life-at-Sea-\(SOLAS\)-1974.aspx](http://www.imo.org/en/About/Conventions/ListOfConventions/Pages/International-Convention-for-the-Safety-of-Life-at-Sea-(SOLAS)-1974.aspx).

15 RASSISMUS UND INNERE SICHERHEIT

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

*„Menschen aus den genannten [arabischen und afrikanischen, Anm. d. Red.]
Kulturkreisen reißen die Kriminalitätsstatistik auch in Freibädern nach oben –
mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft.“*

AfD-Fraktion NRW (2019), ++ Freibad-Straftaten: Über die Hälfte der Täter hat Migrationshintergrund! ++, Facebook-Beitrag vom 08.10.2019,
<https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/photos/a.1920199591525761/2433090593569989/?type=3&theater>, Abrufdatum 25.03.2020.

*„Über Deutschlands Schwimmbäder spricht man heutzutage meist
im Kontext multikultureller Aggression.“*

AfD-Fraktion NRW (2019), ++ Schwimmbadsterben = mehr Badetote? ++, Facebook-Beitrag vom 17.08.2019,
<https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/posts/2386727264872989/>, Abrufdatum 25.03.2020.

15 RASSISMUS UND INNERE SICHERHEIT

Gewalt und Kriminalität sind für die AfD besonders dann wichtige Themen, wenn sie Täter*innen als „ausländisch“ bezeichnen und „andere“ ausgrenzen kann. Dabei schützt nicht mal ein deutscher Pass vor rassistischer Diskriminierung: Für die AfD sind es keine Deutschen, sondern – auch nach zig Generationen – immer noch Menschen aus einem „arabischen Kulturkreis“ (siehe auch Karte 10).

Die AfD schreibt allen Menschen, deren Herkunft sie in einem „arabischen Kulturkreis“ verortet, bestimmte Eigenschaften zu – hier einen Hang zu Aggression und Kriminalität. Für sie sind solche Vorgänge immer „multikulturelle Aggression“; eine bunte Gesellschaft ist für die AfD ursächlich für solche Gewalteskalationen.

An den Vorfällen in Freibädern in NRW, auf die die AfD hier anspielt, waren zu 70 Prozent Deutsche beteiligt.¹ Das aber genügte der AfD nicht – sie wollte die Vornamen der Menschen mit deutschem Pass wissen. Das wiederum zeigt, dass es der AfD nicht um die Lösung eines realen Problems – Kriminalität und Gewalt – geht. Vielmehr will sie ihr rassistisches Weltbild verbreiten und Menschen mit deutschem Pass absprechen, Deutsche zu sein. Tatsächlich waren neben Menschen mit dem Namen Mohamed und Hussein auch solche mit dem Namen Maximilian, Tim, Albert und Fritz-Jochen beteiligt.²

¹<https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/freibaeder-verdaechtige-100.html>.

²<https://landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-7502.pdf>.

15 ANTISEMITISMUS IN DER AFD

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Tatsächlich ist die AfD [...] DIE israelfreundliche Partei in Deutschland. [...] Und tatsächlich sind auch wir es, sind wir die einzige Partei in Deutschland, die die wahren Hintergründe des steigenden Antisemitismus in Deutschland benennt. Nämlich die in der Massenmigration aus Kulturkreisen, wo Antisemitismus zur Tagesordnung gehört.“

Sven W. Tritschler, MdL und stellvertretender Vorsitzender AfD-Fraktion NRW (2020): »AfD ist DIE israelfreundliche Partei!« – Sven Tritschler (AfD), Facebook-Beitrag vom 02.03.2020, <https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/videos/133633158023636/>, Zitat ab Minute 1:35, Abrufdatum 25.03.2020.

„Was ist schlimmer, eine beschädigte Synagogentür oder zwei getötete Deutsche?“

Andreas Ulbricht, MdL AfD Sachsen (2019), Facebook-Beitrag vom 10.10.2019. Gesehen bei: <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-rechtsextremem-terror-in-halle-afd-politiker-nennt-angriff-auf-synagoge-sachbeschaedigung/25117664.html>, Abrufdatum 29.03.2020.

„Sie [die neoliberale Umsetzung der Globalisierung, Anm. d. Red.] ist das perfekte ideologische Vehikel, mit dem eine kleine Geldmachtelite ihre Interessen auf Kosten der Völker der Welt durchzusetzen trachtet. Es handelt sich um die Interessen einer winzigen Minderheit, letztlich der wenigen hundert Letzteigentümer der miteinander verflochtenen internationalen Konzerne. Ein Patriot, der das erkannt hat, hat seinen wahren politischen Gegner erkannt! [...] Die internationalen Eliten [führen] gegen die Völker einen stummen, erbarmungslosen Krieg!“

Björn Höcke, MdL, Fraktionsvorsitzender und Parteisprecher der AfD Thüringen (2018), Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus, Philp Stein, Ein Prozent e. V. (Hrsg.), Alternative Gewerkschaft #1, S. 9.

15 ANTISEMITISMUS IN DER AfD

Die AfD stellt sich nur zum Schein vor jüdisches Leben in Deutschland. Wenn Tritschler die Ursache für steigenden Antisemitismus in Deutschland vor allem in der Zuwanderung aus anderen Ländern sucht und ihn vor allem dort bekämpfen will, ignoriert er auf dramatische Art und Weise die deutsche Geschichte. Unter dem Deckmantel der guten Sache, nämlich dem Kampf gegen Antisemitismus, wird wieder einmal Rassismus verbreitet. Im gleichen Atemzug bedient die AfD auch ein altes Muster der Schuldabwehr, die tief im Antisemitismus verankert ist: Nicht die Deutschen – als diejenigen, die den industriellen Massenmord an jüdischen Menschen umgesetzt haben – hätten Antisemitismus aufzuarbeiten, sondern die „Anderen“ – speziell Muslime. Die Einstellungsforschung hingegen zeigt seit Jahren, dass Antisemitismus ein Problem der deutschen Gesamtgesellschaft ist, bis weit in die sogenannte Mitte hinein.¹

Dass der Mordanschlag auf jüdisches Leben in Halle dann heruntergespielt wird („Synagogentür“) und gleichzeitig „deutsche Opfer“ beklagt werden, ist ein gutes Beispiel dafür, wie die AfD versucht, sich selbst oder „Deutsche“ als Opfer darzustellen. Gleichzeitig ist diese Haltung

entlarvend, denn mit allergrößter Wahrscheinlichkeit waren auch die Menschen in der Synagoge „Deutsche“. Dennoch versucht die AfD, einen Gegensatz zwischen „deutsch“ und „jüdisch“ zu erfinden (siehe auch Karte 8).

In wenigen Worten zeigt Björn Höcke deutlich auf, dass Antisemitismus durchaus einen wichtigen Platz in der AfD hat: Er deutet Globalisierung – ein sehr komplexer, durch moderne Mobilitäts- und Kommunikationsmittel getriebener wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Megatrend – zu einem „Krieg“ einer kleinen Machtelite gegen „die Völker“ um. Damit bedient er die alte antisemitische Erzählung, jüdische Menschen würden versuchen, die Völker zu unterjochen und letztlich zu zerstören. Die von ihm gezeichnete kleine „Geldmachelite“ besitzt alle Momente alter antisemitischer Bilder: Eine kleine Minderheit ohne „völkische Zugehörigkeit“, global verstreut, bestens vernetzt und mit Geld und Macht ausgestattet, verfolge einen gemeinsamen Plan, alle zu unterwerfen.

¹vgl. Andreas Zick, Beate Küpper, Wilhelm Berghan (2019): Verlorene Mitte Feindselige Zustände, Dietz-Verlag, Bonn, S. 108ff.

1 ANGRIFF AUF DIE POLITISCHE BILDUNG

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Unsere hart erarbeiteten Steuergelder sollten nicht weiter zur Indoktrination mündiger Bürger aus dem Fenster geworfen werden. Es muss Schluss sein mit der staatlichen Finanzierung einer Stiftung [gemeint ist die Amadeu-Antonio-Stiftung, Anm. d. Red.], die eine demokratische Partei mit berechtigten Anliegen und großem Rückhalt in der Bevölkerung pauschal als rechtsradikal diffamiert.“

AfD NRW (2019), +++ Noch mehr linke Propaganda aus deutschen Steuergeldern? +++ Facebook-Beitrag vom 15.09.2019, https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/posts/2938743789530916?comment_id=2945354942203134/, Abrufdatum 25.03.2020.

„Auch unter einer vermeintlich bürgerlichen schwarzgelben Landesregierung schafft es die sogenannte Landeszentrale für politische Bildung nicht, zum antitotalitären Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland zurückzukehren. [...] Abermillionen Tote haben sich ob links- und rechtsextremer Ideen im letzten Jahrhundert aufgetürmt. Die letzte Diktatur auf deutschem Boden ist gerade einmal 29 Jahre her. Sie war eine linke Diktatur.“

Markus Wagner, MdL und Vorsitzender AfD-Fraktion NRW, Rede im NRW-Landtag am 23.01.2019, Plenarprotokoll 17/47, Seite 53.

1 ANGRIFF AUF DIE POLITISCHE BILDUNG

Die AfD greift immer wieder Institutionen der politischen Bildung an. Ihr Ziel: Die politische Bildung zu beschneiden, zu verunmöglichen oder aber einseitig in ihrem Sinne auf den politischen Gegner zu fokussieren. Die politische Bildung agiert nach klaren Rahmenbedingungen mit dem Ziel, Menschen dabei zu unterstützen, politische Zusammenhänge zu durchdringen, sich ein eigenes Urteil zu bilden und auf dieser Basis politisch zu handeln: Laut Oskar Negt ist Demokratie die einzige Staatsform, die gelernt werden muss. Dazu gehört auch die Thematisierung gesellschaftlicher Zusammenhänge wie sozialer Ungleichheit und Diskriminierung. All das ist der AfD ein Dorn im Auge, denn es läuft ihrer Strategie zuwider, durch Desinformation, Abwertung und Ausgrenzung bestimmter Gruppen eine Politik der Spaltung zu betreiben. Mündige, reflektierte Bürger*innen mit ausgeprägter Medienkompetenz sind weniger anfällig für Hass und Hetze – und damit für die AfD.

Die Kritik an der Landeszentrale für politische Bildung zielt darauf, ihr einen einseitigen Fokus auf Rechtsextremismus zu unterstellen und sie dadurch davon abzubringen, Veranstaltungen durchzuführen oder Publikationen zu diesem Thema zu veröffentlichen. Zudem soll über die Gleichsetzung von Rechtsextremismus mit Linksextremismus das massive Problem des Rechtsextremismus und des Rechtsterrorismus heruntergespielt und eine riesige linksextremistische Gefahr konstruiert werden.

Die Zahlen zur politischen Kriminalität (PMK) sprechen eine deutliche Sprache: Bundesweit werden für das Jahr 2019 22.342 Straftaten PMK-rechts ausgewiesen; gegenüber 9.849 Straftaten PMK-links.¹ Zum anderen zeigen insbesondere die Anschläge von Halle, Hanau und anderen Orten: Rassismus tötet. Extrem rechter Gewalt sind seit 1990 über 200 Personen zum Opfer gefallen.² Das verschweigt die AfD lieber. Selbst Bundesinnenminister Horst Seehofer betont mittlerweile: „Die größte Gefahr geht von rechts aus“.³

Die Stärkung der politischen Bildung ist eine wichtige Säule im Kampf gegen gesellschaftliche Spaltung und sich ausbreitende menschenverachtende Einstellungen. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte ist es deshalb auch Auftrag der Gewerkschaften, sich durch politische Bildung für Demokratie, Solidarität und gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen einzusetzen.

¹vgl. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=6.

²vgl. <https://www.belltower.news/die-liste-193-todesopfer-rechtsextremer-und-rassistischer-gewalt-seit-1990-36796/>.

³vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pmk-1751882>.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG IN KITA UND SCHULE UNTER BESCHUSS

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Der Staat bemächtigt sich – und auch das wie in der DDR – immer mehr der Kindheit, um von frühester Kindheit an in seinem linkssozialistischen Sinne zu indoktrinieren.“

Jörg Meuthen, MdEP und Bundessprecher AfD (2019): Altparteien sind inhaltlich bankrott! – Jörg Meuthen, MdEP, Bundessprecher der AfD, AfD-Landtagsfraktion NRW, Youtube-Beitrag vom 26.09.2019, <https://www.youtube.com/watch?v=L2SIVZFIM4c>, Zitat ab Minute 5:40, Abrufdatum 25.03.2020.

„Wer heute auf die finanzielle Unterstützung hofft, um gegebenenfalls die drei Jahre Elternzeit [...] voll auszunutzen, geht leer aus. Wenn sie von Wahlfreiheit sprechen, dann geht es immer nur in eine Richtung: Nämlich, dass ausreichend Kitaplätze vorhanden sein müssen.“

Iris Dworek-Danielowski, MdL und kinder- und jugendpolitische sowie familienpolitische Sprecherin AfD-Landtagsfraktion (2020): Das ist Nonsens-Kita-Politik! – Iris Dworek-Danielowski (AfD), AfD-Fraktion NRW, Facebook-Beitrag vom 03.02.2020, <https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/videos/120014072709150/>, Zitat ab Minute 3:50, Abrufdatum 25.03.2020.

„Die Frühsexualisierung ist für mich der übelste Auswuchs des in Europa um sich greifenden Ökofaschismus. Wir reden darüber, dass Kinder [...] von Erwachsenen angeleitet werden sollen zu masturbieren. Für mich ist das pervers und für mich ist das krank.“

Guido Reil, MdEP (2019), Guido Reil: Frühsexualisierung ist krank und pervers! Facebook-Beitrag vom 14.11.2019, <https://de-de.facebook.com/1745982485667400/videos/2237882382983323/>, Zitat ab Minute 0:11, Abrufdatum 25.03.2020.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG IN KITA UND SCHULE UNTER BESCHUSS

NRW DGB

Jörg Meuthen legt in seiner Aussage nahe, dass er keinen staatlichen Erziehungsauftrag sieht. Diesen gibt es aber natürlich, festgelegt in Art. 7 Abs. 1 Grundgesetz. Frühkindliche Bildung als Instrument einer angeblichen Diktatur zu beschreiben, das dazu diene, die Kinder „umzuerziehen“, ist absurd. Das setzt nicht nur die Opfer von Diktaturen und Faschismus herab, es steht auch diametral zur aktuellen Bildungsforschung. Hier ist die Meinung eindeutig: Frühkindliche Bildung ist gut für alle, zudem hilft sie dabei, Chancengleichheit zu erreichen und ist besonders für sozial benachteiligte Familien wichtig. Hier zeigt sich wieder einmal, dass der AfD soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung nicht wichtig sind. Eine auf Basis des Beutelsbacher Konsenses und dem Grundgesetz basierende frühkindliche Bildung ist für die AfD nur „linkssozialistische Indoktrination“. Damit stellt sie sich an den äußeren rechten Rand der politischen Landschaft.

Iris Dworeck-Danielowski hingegen fordert, dass Menschen dafür bezahlt werden, bei ihren Kindern zu Hause zu bleiben. Das würde dann in der Praxis vornehmlich Frauen treffen, die so wieder stärker dazu gedrängt würden, in alten Rollenmustern zu verharren.

Das heißt, sie würden ihre Karriere hinten anstellen und dadurch auch wieder abhängiger von ihren Männern werden (siehe auch Karte 16).

Mit dem Begriff Frühsexualisierung wird eine fortschrittliche Sexualaufklärung in der Schule kritisiert. Mit einer angeblichen Anleitung zur Selbstbefriedigung durch Erwachsene, soll Angst vor Missbrauch und einer Zerstörung der Kindheit inklusive der traditionellen Familienstrukturen geschürt werden. Diese Behauptungen sind unzutreffend.¹ Hinter diesem Vorgehen steht insbesondere der Versuch, den selbstbestimmten Umgang mit Sexualität zu verhindern. Zudem geht es auch darum, Sexualität und die gleichrangige Thematisierung von nicht-heterosexuellen Lebensformen zu verhindern (siehe auch Karte 20). Hier sollen bei Eltern Angst und Zweifel an den Lerninhalten und -methoden in Kita und Schule geschürt werden.

¹<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2017/05/25/fruehsexualisierung-die-angebliche-bedrohung-der-kindheit>.

16 GEGEN AKTIVE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Man möchte entgegen der menschlichen Natur gleichstellen, was – das sage ich auch aus einer spezifischen maskulinen Perspektive – naturgemäß grundverschieden ist, Gott sei Dank. Gleiche Jobs für alle, Frauenquoten und Quotenfrauen. Aus Männern sollen Frauen und aus Frauen Männer gemacht werden.“

Jörg Meuthen, MdEP und Bundessprecher AfD (2019), Altparteien sind inhaltlich bankrott! – Prof. Dr. Jörg Meuthen (AfD), AfD-Landtagsfraktion NRW, Youtube-Beitrag vom 26.09.2019, <https://www.youtube.com/watch?v=L2SIVZFIM4c>, Zitat ab Minute 9:50, Abrufdatum 25.03.2020.

„Die strukturelle Benachteiligung von Frauen gleicht einem Yeti: Jeder spricht darüber, aber noch niemand hat ihn ernsthaft gesehen.“

Nicole Höchst, MdB (2018), Rede im Deutschen Bundestag am 01.03.2018, Plenarprotokoll 19/17, Berlin, Seite 1387.

16 GEGEN AKTIVE GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

NRW DGB

Meuthen zeigt hier ein völlig antiquiertes Verständnis von Geschlechtern: Die Gleichstellung von Frauen und Männer sei gegen die Natur. In diesem Zusammenhang führt die Betonung dieser „natürlichen Unterschiede“ zwischen Männern und Frauen zurück in das Rollenbild der 1950er-Jahre. Damals wurde die Rolle der Frau reduziert auf kochen, Kinder hüten und den Ehemann beglücken. Denkt man den Gedanken zu Ende, gibt es „natürliche“ Frauenberufe – wenn Frauen überhaupt arbeiten: schlecht bezahlte, sorgende Berufe in Pflege und Kindererziehung.

Hinter den Ansichten sammeln sich vor allem sexistische Klischees und veraltete Rollenbilder. Deshalb braucht es, wenn es nach der AfD geht, keine Förderung der selbstbestimmten Entfaltung der Potenziale und des beruflichen Fortkommens von Frauen. Da klingt auch die Ideologie naturbedingter männlicher Überlegenheit an, aus der sich eine Hierarchie und klare Rollenbilder ableiten.

Eine strukturelle Diskriminierung von Frauen ist für die AfD nicht zu erkennen, auch wenn Zahlen etwas anderes beweisen. Frauen verdienen immer noch 21 Prozent weniger als Männer. Obwohl sie häufig besser gebildet sind, sind Frauen seltener in Vorständen oder Leitungspositionen anzutreffen.¹ Den „Yeti“ der Benachteiligung von Frauen könnte Frau Höchst einfach sehen, wenn sie die Augen aufmachte und sie nicht aus ideologischen Gründen zukneifen würde. Für die AfD gibt es keine Benachteiligung von Frauen, weil sie die Hierarchie zwischen Männern und Frauen für natürlich gegeben und wünschenswert hält. Gesellschaftliche Verhältnisse sind aber nicht naturgegeben – sie sind veränder- und gestaltbar.

¹vgl. Dietmar Hobler, Yvonne Lott, Svenja Pfahl, Karin Schulze Buschoff (2020), Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, WSI Report Nr. 56, https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_56_2020.pdf, Abrufdatum 16.06.2020.

1 LEUGNUNG DES KLIMAWANDELS

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Wir erleben zurzeit auch, dass das wirklich wichtige – für unser Volk, für unser Land – elementar wichtige Thema der Migration so langsam aber sicher von einer völlig sinnlosen Diskussion über eine Klimakatastrophe überlagert wird.“

Jürgen Spenrath, stellvertretender Sprecher AfD Köln (2019): +++ So wird die AfD NRW zukunftsfähig +++, AfD NRW, Facebook-Beitrag vom 12.09.2019, <https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/videos/489835978230112/>, Zitat ab Minute 5:16, Abrufdatum 25.03.2020.

„Wir sind die Partei, die sich klar und deutlich für die Menschen und Arbeiter der gefährdeten Industriezweige einsetzt. Wir sind dagegen, dass hart arbeitende Menschen wegen einer unsinnigen Klimapolitik in soziale Bedrängnis geraten.“

AfD NRW (2020), +++ Für unsere Arbeiter +++, Facebook-Beitrag vom 21.01.2020, <https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/photos/a.469075843164402/3442915732447050/?type=3>, Abrufdatum 25.03.2020.

„NRW ist noch ein Energie- und Industrieland. Hier liegen einige der Herzstücke der deutschen Industrie und damit Millionen Arbeitsplätze. Und diese für eine Weltrettungsphantasterei aufs Spiel zu setzen, ist unverantwortlich und mit der AfD ganz sicher nicht zu machen.“

Christian Blex, MdL und damals stellvertretender Landessprecher AfD NRW (2019), +++ Warum NRW die AfD nötiger hat als je zuvor +++, Facebook-Beitrag vom 09.09.2019, <https://www.facebook.com/AfDfuerNRW/videos/524906518272863/?v=524906518272863/>, Zitat ab Minute 9:00, Abrufdatum 25.03.2020.

1 LEUGNUNG DES KLIMAWANDELS

NRW DGB

Der von Menschen verursachte Klimawandel ist nach heutiger Forschungslage¹ beinahe unbestritten. 97 Prozent aller Klimaforscher*innen sind der Auffassung, dass sich durch das menschliche Handeln die Erde deutlich erwärmt – mit unabsehbaren Folgen für Menschen, Tiere und Pflanzen auf allen Kontinenten.

Die Leugnung der Verantwortung des Menschen für den Klimawandel und die Verächtlichmachung derjenigen, die sich für mehr Umweltschutz starkmachen, hat System bei der AfD und anderen extrem rechten Kreisen. Die AfD braucht zum einen den Fokus auf das Thema „Migration“ – denn nur dazu hat sie überhaupt Positionen anzubieten. Zum anderen lehnt sie schlicht die seriöse Forschung ab: Fakten werden zur bloßen Meinung degradiert und als solche angegriffen und verdreht.

Auch dahinter verbirgt sich Kalkül: Wer den Klimawandel und seine Folgen anerkennt, muss die Ausrichtung von Industrie und Wirtschaft verändern. Dieser Prozess kann nur in einem gemeinsamen, globalen Kraftakt gelingen, um die Wirtschaft fit für die Zukunft zu machen. Wer den Strukturwandel jetzt nicht gestaltet, der wird in wenigen Jahren keine Möglichkeit mehr dazu haben. An dieser Gestaltung hat die AfD kein Interesse, sie ist also keine Partei für Arbeiter*innen in den betroffenen Industriezweigen. Vielmehr will sie den Menschen Angst machen, Zweifel an der etablierten Politik, der etablierten Wissenschaft und auch den Gewerkschaften säen und so soziale Konflikte anheizen, um die nötigen Reformen zu verhindern. Die hart arbeitenden Menschen, die die AfD erwähnt, kommen durch die Verweigerungshaltung in Bedrängnis. Die Strategie der Gewerkschaften dagegen ist klar: Wir wollen das Beste für die Beschäftigten erreichen und dafür sorgen, dass NRW auch künftig ein starkes Industrie- und Energieland ist.

¹<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>

18 VOLLE KRAFT ZURÜCK: MOBILITÄT VON GESTERN

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Ich hoffe, die Autofahrernation Deutschland bietet den Klima-Spinnern die Stirn. Autofahrer in NRW sollten sich jedenfalls nicht darauf verlassen, dass die Regierung das tut.“

Sven W. Tritschler, MdL und stellvertretender Vorsitzender AfD-Fraktion NRW (2020), Linke Gewalt gegen Autofahrer nimmt zu! AfD-Fraktion NRW, 07.02.2020, <https://afd-fraktion.nrw/2020/02/07/linke-gewalt-gegen-autofahrer-nimmt-zu/>, Abrufdatum 25.03.2020.

„Dieselben Parteien, die sich nun als Freund und Kümmerer der Fahrradfahrer geben, haben zudem enteignete Diesel-Besitzer links liegen gelassen und drangsalieren Autofahrer mit ‚Umweltspuren‘ und CO2-Steuer. ‚Für das Fahrrad‘ meint meistens ‚Gegen das Auto‘.“

AfD-Fraktion NRW (2019), ++ Geplantes Radgesetz: „Aufbruch Fahrrad“ = Abgang Auto? ++, Facebook-Beitrag vom 20.12.2019, <https://hi-in.facebook.com/afdfraktionNRW/posts/-geplantes-radgesetz-aufbruch-fahrrad-abgang-auto-der-landtag-nrw-will-ein-fahrr/2500866576792390/>, Abrufdatum 25.03.2020.

18 VOLLE KRAFT ZURÜCK: MOBILITÄT VON GESTERN

NRW DGB

Mobilität definiert die AfD vor allem über das Auto. Die Menschen in NRW sind hier schon viel weiter. Nur auf ein Verkehrsmittel zu setzen und dann gemeinsam im Stau zu stehen, löst weder die Probleme des Verkehrskollaps oder der Luftverschmutzung, noch bringt sie Pendler*innen schneller zur Arbeit bzw. wieder nach Hause. Es braucht kreative Mobilitätskonzepte, die ÖPNV, moderne PKW und andere Verkehrsträger miteinander verbinden, um eine gute, zuverlässige und für alle bezahlbare Mobilität der Zukunft zu ermöglichen. Die AfD bietet allerdings auch hier wieder nur ihr bekanntes Freund-Feind-Schema an – „für das Fahrrad“ sei „gegen das Auto“. Nach vorne gerichtete Lösungen für die Probleme der Menschen, der Wirtschaft und der Umwelt bietet sie nicht.

Richtig ist, dass der Ausbau des ÖPNV auf dem Land dringend geboten ist, wenn Bus und Bahn für die Menschen in ländlichen Gebieten attraktiv und tagtäglich nutzbar sein sollen. Dafür braucht es entschiedenes politisches Handeln. Richtig ist ebenso, dass der Raum in Städten begrenzt ist: Autos, Busse, S-Bahnen, Trams, Fahrräder und Fußgänger*innen müssen dort alle Platz finden. Mobilität muss für alle Menschen möglich sein, nicht nur für Autofahrer*innen. Und genauso braucht es gute und bezahlbare Wohnungen – denn auch hier müssen Dinge zusammen gedacht werden: Es muss auch darum gehen, durch kluge Wohnungs- und Städtebaupolitik (siehe auch Karte 19) die Verdrängung von Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen aus den Städten zu stoppen und damit auch Pendelwege für Beschäftigte zu reduzieren.

10 WOHNEN ALS PRIVILEG

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Durch den überproportionalen Zuzug von Geringqualifizierten wird es dort vor allem bei Sozialwohnungen knapp. Dabei hat sich gerade die Zahl der geförderten Wohnungen in den letzten Jahrzehnten drastisch reduziert.“

AfD-Fraktion NRW (2019), Immer weniger Wohnungen für immer mehr Menschen, 29.05.2019,
<https://afd-fraktion.nrw/2019/05/29/immer-weniger-wohnungen-fuer-immer-mehr-menschen/>, Abrufdatum 25.03.2020.

„Kurzum, man könnte auch sagen: Es gibt zu viele Leute, die günstige Wohnungen wollen. Warum ist das so? – Ein Grund dafür ist, dass ein großer und stetig wachsender Personenkreis, der früher nicht hier war, preiswerten Wohnraum sucht. Diese Menschen sind hier, weil Sie es im Konzert mit allen Regenbogenparteien so gewollt haben, und der Familiennachzug kommt erst noch.“

Roger Beckamp, MdL, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion NRW (2020), Rede im Landtag am 13.02.2020, Plenarprotokoll 17/81, S. 29.

10 WOHNEN ALS PRIVILEG

NRW DGB

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist dramatisch. Es müssen alleine 20.000 neue Sozialwohnungen¹ pro Jahr gebaut werden, um den Bedarf zu decken. Seit Jahren werden viel zu wenige Wohnungen zu bezahlbaren Preisen gebaut. Die AfD interessiert dieses Problem wieder mal nur unter dem Aspekt, Feindbilder zu zeichnen.

Statt konkrete Konzepte zur Beseitigung dieses Mangels anzubieten, hetzt die AfD gegen sozial Benachteiligte. Sie macht für die schwierige Lage nicht die verfehlte Wohnungspolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte verantwortlich oder den freien Immobilienmarkt, auf dem Wohnungen längst zu Spekulationsobjekten geworden sind. Sie gibt Menschen die Schuld an dieser Situation, die für sich und ihre Familien Schutz suchen. Hier soll wieder nicht die Situation für Betroffene verbessert, sondern lediglich Ressentiments geschürt werden. Das ist billig und macht die Situation für niemanden besser. Deutlich zeigt sich auch hier wieder, dass die AfD keine Lösungen, sondern nur Hass anzubieten hat.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften² setzen sich für eine aktive staatliche Wohnraumförderungs politik ein. Wir fordern mehr und aktivere kommunale Wohnungsbaugesellschaften, den Bau von Azubi-Wohnheimen und die Vergabe von kommunalen Liegenschaften an Unternehmen in Erbpacht statt eines einfachen Verkaufs. Sollte es dennoch zum Verkauf kommen, fordern wir die Bindung an soziale Kriterien. So können wir die Situation für alle Menschen in unseren Städten und Gemeinden wirkungsvoll verbessern.

¹Das fordert das Aktionsbündnis „Wir wollen wohnen!“. Vgl. bspw. hier: <https://www.wir-wollen-wohnen-nrw.de/aktuelles/das-ist-kein-kunststueck-mit-mehrgeld-schon-wieder-elf-prozent-weniger-mietwohnungen-in-nrw-gefordert>

²Der DGB ist Teil des Aktionsbündnisses „Wir wollen wohnen!“. Das Bündnis hat Anfang des Jahres 2020 ein 12-Punkte-Forderungspapier vorgelegt, mit konkreten Vorschlägen, um die Situation auf dem Wohnungsmarkt für alle zu verbessern. Das 12-Punkte-Papier findet sich hier: https://www.wir-wollen-wohnen-nrw.de/fileadmin/user_upload/Positionen_zum_Wohnungsbauprogramm_2020_final.pdf

20 BRAUN STATT REGENBOGEN

ARGUMENTE
GEGEN
RECHTS-
POPULISMUS

„Die Grünen wollen, dass die Regenbogenfahne vor Behörden und bei offiziellen Anlässen gehisst wird. ,Ziemlich diskriminierend!“

Sven W. Tritschler, MdL und stellvertretender Vorsitzender AfD-Fraktion NRW (2020), ++ Regenbogenfahne in die Flaggenverordnung? ++, Facebook-Beitrag der AfD-Fraktion NRW vom 08.03.2020, <https://www.facebook.com/afdfraktionNRW/posts/2359316414280741>, Abrufdatum 27.03.2020.

„Ist Ihr Kind ein Mädchen oder ein Junge? Tja, leider müsste es zukünftig „divers“ sein, um neuwertige Toiletten an Grundschulen benutzen zu dürfen.“

AfD-Fraktion NRW (2019), Etwa auch in NRW? Transgender-Toiletten an Grundschulen in Bayern geplant, Facebook-Beitrag vom 16.02.2019, <https://de-de.facebook.com/afdfraktionNRW/posts/etwa-auch-in-nrw-transgender-toiletten-an-grundschulen-in-bayern-geplant-ist-ihr/2272088026336914/>, Abrufdatum 25.03.2020.

20 BRAUN STATT REGENBOGEN

NRW DGB

Die Regenbogenflagge ist ein Symbol für den Kampf um Gleichstellung von Menschen, die nicht heterosexuell sind und/oder sich nicht eindeutig als Frau oder Mann begreifen. Ebenso umfasst sie diejenigen, deren geschlechtliche Identität sich im Verlauf ihres Lebens verändert hat. Das Zeigen der Regenbogenflagge ist keine Diskriminierung von Menschen, die heterosexuell sind und sich selbst eindeutig als Frau oder Mann begreifen. Das Zeigen der Regenbogenflagge nimmt niemandem etwas weg. Es geht darum, allen die gleichen Rechte und Chancen zu geben. Die AfD lehnt das generell ab, weil sie grundsätzlich nicht die Existenz von Menschen anerkennen will, die nicht männlich, weiblich und heterosexuell sind. Denn das würde die angeblich „natürliche“ Ordnung und die „natürlichen“ Eigenschaften von Männern und Frauen in Frage stellen, die ihnen die AfD zuschreibt (siehe auch Karte 16).

Um die Menschen gegen Gleichstellung aufzuhetzen, greift die AfD auch hier wieder zu billigen Feindbildern: Für Kinder und Jugendliche, die sich als divers begreifen, würden neue Schultoiletten zur Verfügung gestellt, die angeblich „normalen“ Kinder würden in die Röhre schauen. Statt das grundlegende Problem – die schlechte Ausstattung der Schulen und den deutlichen Investitionsstau – anzusprechen, verlegt sich die AfD auf Freund-Feind-Schemata, die niemandem nutzen, aber vielen schaden. Mit dieser Partei ist kein Staat zu machen.